

Immer noch zu wenig beachtet

Familien und deren Kinder sind enorm belastet

Die Corona-Pandemie betrifft Familien und deren Kinder seit über einem Jahr in erheblichem Maße und hat das Familienleben enorm bestimmt, verändert und häufig sehr belastet. Der Wegfall von Betreuungsangeboten, ständig wechselnde Unterrichtsmodelle bis hin zum Home-Schooling, Betreuung und Berufstätigkeit im Homeoffice musste vereinbart werden, nicht selten in beengten Wohnverhältnissen. Kindern brachen Betreuungs- und Bezugspersonen sowie Freizeitangebote und ausreichend Bewegung außerhalb der Familie und vor allem Kontakte zu Freunden weg. Ebenso fehlten den Eltern Kontakte für deren Ausgleich und Anlaufstellen für Unterstützung. Digitale Kontakte konnten dies nur bedingt ausgleichen. Zusätzlich sehr kurzfristig getroffene Entscheidungen der Politik mit weitreichenden Auswirkungen auf Familien, brachten viele Eltern und deren Kinder an ihre Belastungsgrenzen, nicht selten auch in Überforderungssituationen.



Die Pandemie belastet(e) Eltern und Kinder enorm!

Die seitens der Politik getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie bedeuteten für Familien erhebliche Herausforderungen sowie ein sehr hohes Maß an Flexibilität und Stabilität. Den Familien wurde selbstverständlich enorm viel zugemutet. Nicht alle Familien waren diesen Herausforderungen gewachsen. Insbesondere die Familien, die schon vor der Pandemie in schwierigen und instabilen Situationen gelebt haben, waren sehr schnell damit überfordert. Familienentlastende Angebote waren geschlossen, digitale Angebote erreichten die Familien nicht immer.

Zögerlich und häufig unzureichend brachte die Politik Maßnahmen für Familien und deren Kinder auf den Weg. Inzwischen werden vor allem die Folgen der Krise für die Kinder und Ju-

gendlichen bezüglich Auswirkungen auf die Psyche sowie auf Bildung und Teilhabe spürbar und in verschiedenen Studien belegt.

Kinder- und Jugendrechte ernst nehmen – insbesondere in Krisenzeiten

Die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen veränderte sich in erheblicher Weise und bedeutete in vielerlei Hinsicht Mehrfachbelastungen in der Organisation des Alltags und in der psychischen Bewältigung der Krisenerfahrungen. Auffällig – jedoch nicht überraschend – ist, dass sich die Situation und Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie nochmals deutlich verschärft hat und über die Pandemie hinaus die Teilhabechancen für diese Kinder und Jugendlichen weiter verschlechtert. Die Bundesregierung – allen voran das

Inhalt dieser Ausgabe

Immer noch zu wenig beachtet - Familien und deren Kinder sind enorm belastet.....	1
Hilfe beim Homeschooling. Leuchtturm-Projekt der Diakonie Oberland.....	2

Ev. Akademie Tutzing - Familien im Wandel.....	3
Nachrichten.....	4

Bundesfamilienministerium - ist schließlich aktiv geworden und hat die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche mehr in den Blick genommen.

Die Einhaltung der Kinderrechte – Schutz, Förderung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen – muss hohe Priorität haben! (vgl. UN-Kinderrechtskonvention, Deutsches Kinderhilfswerk und Deutsches Jugendinstitut).

Die eaf bayern hat sich mit der Thematik von Beginn der Krise an damit beschäftigt und in den entsprechenden (politischen) Gremien und Publikationen, mit einem Fachtag darauf aufmerksam gemacht sowie entsprechende Forderungen dazu formuliert. Mehr dazu unter <https://www.eaf-bayern.de/fpi-bayern/FPI> und www.eaf-bayern.de/Veranstaltungen/.

Eine Auswahl weiterführender Informationen und Studien finden Sie unter:

<https://www.dji.de/themen/familie/kindsein-in-zeiten-von-corona-studienergebnisse.html>

<https://www.bmbf.de/de/wie-belastet-die-corona-pandemie-kinder-und-jugendliche-psychisch-14071.html>

<https://www.bkj.de/news/kico-studie-soziale-folgen-der-corona-krise-buendeln-sich-in-den-familien/>

<https://www.bib.bund.de/Publikation/2020/Eltern-waehrend-der-CoronaKrise.html?nn=9751912>

Kontakt:

Renate Zeilinger

Geschäftsführerin der eaf bayern

zeilinger@diakonie-bayern.de

Hilfe beim Homeschooling Leuchtturm-Angebot der Diakonie Oberland

In Deutschland hängt die Schulleistung von Kindern und Jugendlichen noch immer stark von ihrer sozialen Herkunft ab. Bereits vor der Corona-Krise hatten Schüler*innen aus sozial schwächeren Familien oft größere Schwierigkeiten im Vergleich zu ihren Schulkamerad*innen mit günstigeren Voraussetzungen. Durch die verhängten Schulschließungen und das sogenannte Distance-Learning von zu Hause aus verstärken sich die Ungleichheiten. Nicht alle haben die gleichen technischen und räumlichen Bedingungen. Und nicht alle Eltern sind gleichermaßen in der Lage, ihrem Kind die Unterstützung zu geben, die es bräuchte.



Es unterstützt Schüler*innen

Hier hilft seit einigen Monaten das Schüler*innen-Telefon der Diakonie Oberland, ein niederschwelliges Angebot für Kinder und Jugendliche. Zweimal in der Woche – jeweils zwei Stunden – gibt es eine telefonische Sprechstunde, in der alle Probleme rund um das Homeschooling besprochen werden können. Die Schüler*innen können sich mit einer Person außerhalb des Unterrichts über die Lehrinhalte austauschen oder auch über ihre Ängste sprechen und ihre Fragen stellen. Wer anruft, erhält Antworten auf (fast) alle Fragen rund um den Unterrichtsstoff der Grund- und Mittelschule. Auch die Selbstorganisation beim Erledigen von Aufgaben kann damit unterstützt und trainiert werden. Das Schüler*innen-Telefon kann einmalig oder regelmäßig in Anspruch genommen werden. Wie bei der 8-jährigen Sany (Name geändert) aus Pakistan, deren Eltern zwar einigermaßen gut Deutsch sprechen, die ihr Kind aber nicht beim Erlernen und Lesen der deutschen Sprache unterstützen können: Ein- bis zweimal in der Woche trifft sich das Mädchen per Zoom-Meeting mit Katja Götz, die das Schüler*innen-Telefon seit März 2021 betreut. Vorher schickt der Vater die zu erledigenden Aufgaben per WhatsApp an das Schüler*innen-Telefon. Gemeinsam werden die Aufgaben besprochen und angefangen. Den Rest erledigt die aufgeweckte Schülerin zu meist allein.

Es entlastet Eltern

Zwar möchte das Schüler*innen-Telefon eigentlich keinen Nachhilfeunterricht leisten, aber die Unterstützung kann sich – nach Bedarf – über einige Wochen erstrecken. Und sollte es größere Lücken geben, dann vermittelt das Schüler*innen-Telefon an Ehrenamtliche, die sich in der regelmäßigen Nachhilfe engagieren. Somit unterstützt das Schüler*innen-Telefon nicht nur die Schüler*innen, sondern auch die Eltern und indirekt sogar die Lehrkräfte im Distance-Learning.

Auch technische Unterstützung ist möglich

Zu guter Letzt hilft das Schüler*innen-Telefon auch bei technischen Problemen. Wenn es z.B. in einer Familie nicht ausrei-

chend Computer gibt, kann dank des Projekts „Keine Rechner, keine Bildung“ versucht werden, einen gebrauchten und wieder neu installierten Rechner zu besorgen.

Hintergrund der guten Idee

Hauptziel des Schüler*innen-Telefons war und ist es, bestehenden oder sich abzeichnenden Bildungsungleichheiten entgegenzuwirken. Deshalb richtet es sich vor allem an sozial benachteiligte Familien, unabhängig von ihrer Herkunft. Es geht dabei um die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die ihre Chance im deutschen Bildungssystem bekommen sollen. Initiiert wurde das Schüler*innen-Telefon bereits im Mai 2020 von einer Studentin der Sozialen Arbeit, die bei der Diakonie Oberland ein halbjähriges Praktikum absolviert hat. Seit März 2021 wird es von Katja Götz, Mitarbeiterin der Diakonie Oberland, fortgeführt. Ein Ende ist vorerst nicht geplant, denn es ist zu erwarten, dass die Bildungsungleichheiten sich „dank“ der Corona-Krise weiter verfestigt haben und Maßnahmen zur Abhilfe noch lange – auch weit über die Pandemie hinaus – erforderlich sein werden.

*Kontakt:
Katja Götz
Diakonie Oberland
schuelertelefon@diakonie-oberland.de*

Evang. Akademie Tutzing Familie im Wandel

„Familienpolitik als Verfassungsauftrag“ – mit diesem Titel unterstrich die Online-Frühjahrstagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing am 20. März 2021 unter der Leitung von Bundestagspräsident a.D. Dr. Wolfgang Thierse sowohl den Stellenwert der Familie als auch den Anspruch an die Politik, ihrem Verfassungsauftrag nach Artikel 6 des Grundgesetzes nachzukommen. In Absatz 1 heißt es hier: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“

Doch was heißt eigentlich Familie im Jahr 2021? „Es gibt nicht die Familie“, sagte Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin in ihrem Eingangsvortrag. Zu groß seien die Unterschiede in den gelebten Familienmodellen, vor allem zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands. Zu oft würden Alleinerziehende vergessen – und

dann gebe es auch noch Familien mit und ohne Kinder. Prof. Dr. Anja Steinbach, Professorin für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen, beschrieb Familie so: „Familie ist heute die Zusammengehörigkeit der Generationen“, damit seien auch die Personen gemeint, die unverheiratet zusammenlebten.

Doch nicht nur die Lebensrealitäten von Familien haben sich im Laufe der Zeit verändert, auch die Auffassung über das, was Familienpolitik zu leisten hat. Diesen Wandel zeichnete Prof. Dr. Irene Gerlach, Professorin für Politikwissenschaft und Sozialpolitik an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe sowie Co-Leiterin des Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik in Bochum in ihrem Vortrag nach. Sie sprach von einem Paradigmenwechsel. Sie zeichnete die Entwicklung von einer Unterstützung der Familien durch Freibeträge und Kindergeld hin zu einer umfassenden und zielgenauen Unterstützung mit den unterschiedlichsten Maßnahmen wie Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss und Elterngeld nach, die auch ein diversifiziertes Familienverständnis in den Blick nehme. Während die Familienpolitik früher die Infrastruktur vernachlässigt habe und vor allem Ehegattenfamilien finanziell unterstützt habe, befände sich aktuell verstärkt das Kindeswohl im Fokus. Familienpolitik heute vereine eine Vielzahl von Akteuren, so Gerlach. Es gebe auf der einen Seite staatliche Akteure wie die EU, den Bund, die Länder und Gemeinden, gesellschaftliche Kräfte, die sich in Verbänden, Parteien oder Kirchen zusammenschließen, aber auch Einzelakteure, etwa in Stiftungen und Betrieben.



Die Instrumente der Familienpolitik verteilen sich auf drei Bereiche: Geld, Recht und Infrastruktur. Diese haben mehrere Aspekte zu berücksichtigen: Bedarfsgerechtigkeit wie etwa die Sicherung des Existenzminimums, Chancengerechtigkeit wie etwa das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Eltern oder auch die Förderung von Kindern sowie die Leistungsgerechtigkeit. Im rechtlichen Bereich existieren zusätzlich Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Lohnfortzah-

lung im Krankheitsfall, Elterngeld, Mutterschutz) sowie weitere flankierende Normen wie etwa der gesetzliche Anspruch auf Kinderbetreuung oder die Förderung von Kindertagesstätten. Gerlach forderte vehement eine Abschaffung des Ehegattensplittings ein. Es sei für sie „völlig unverständlich, warum das immer noch nicht geschehen ist!“ Wie groß die Bedeutung der Familie in Krisenzeiten ist und wo sie dringend Unterstützung braucht, zeigt die Corona-Pandemie überdeutlich. Als wirtschaftliche Corona-Maßnahmen für Familien nannte Juliane Seifert, Staatssekretärin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Kinderbonus, die Verdoppelung des Kinderkrankengeldes, sowie die Notbetreuung in Kitas und Schulen. Doch auch viele Unternehmen hätten sich familienfreundlich gezeigt. Drei Viertel der Eltern stießen beim Arbeitgeber auf Verständnis, viele Unternehmen zeigten sich innovationsfreudig. Etwa 7.800 Unternehmen traten der Initiative „Erfolgsfaktor Familie“ bei. So beschleunige die Pandemie eine familienbewusste Unternehmenskultur.

Doch darüber hinaus sind zahlreiche Anpassungen der Familienpolitik an den sozialen Wandel nötig. Für viele Familien sei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer noch eine Zerreißprobe. Seifert wies auf bereits beschlossene Änderungen hin: das Kita-Gesetz sei umgesetzt, das Elterngeld reformiert, das Familienleistungsgesetz bündele verschiedene Leistungen. Was jetzt anstehe, sei die Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Der Entwurf liege vor, nun seien die Länder an der Reihe. Das Problem beim Thema Schule und Kita sei, dass hier das Familienministerium wegen der Länderzuständigkeit bei allen Leistungen „zwischen den Stühlen“ säße.

Weitere Informationen unter <https://www.ev-akademie-tutzing.de/veranstaltung/familienpolitik-als-verfassungsauftrag/>

Kontakt:

Dorothea Grass

*Studienleiterin und Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
an der Evangelischen Akademie Tutzing
Dorothea.Grass@ev-akademie-tutzing.de*

Anmerkung der eaf bayern zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkind

Am 11.6.2021 hat die Bundesregierung den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung für Grundschulkind ab 2026 beschlossen. Der Beschluss ist einerseits ein Meilenstein, andererseits greift er deutlich zu spät. Denn erst ab August 2026 sollen zunächst alle Kinder der ersten Klassenstufe, in den Folgejahren um je eine Klassenstufe mehr, einen Anspruch darauf haben, ganztägig gefördert zu werden. Mit dem Beschluss werden die Voraussetzungen für mehr Vereinbarkeit und Chancengerechtigkeit geschaffen. Damit kann für Kinder im Grundschulalter endlich die Betreuungslücke geschlossen werden, die nach der Kita und bei der Einschulung für viele Familien entsteht. Es bleibt abzuwarten, wie dies in Bayern sowie den anderen Bundesländern umgesetzt wird.

Mehr: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/bundestag-beschliesst-rechtsanspruch-auf-ganztagsbetreuung-fuer-grundschulkind-178826>

Nachrichten

Unicef-Bericht „Kinder - unsere Zukunft“ zur Lage der Kinder in Deutschland 2021:

Schon vor der Covid-19-Pandemie kämpfte ein beträchtlicher Teil der Kinder und Jugendlichen in Deutschland mit mentalen Problemen und fehlenden Chancen. Dies ist Ergebnis des UNICEF-Berichts zur Lage von Kindern in Deutschland 2021. Der Report unter dem Titel „Kinder – unsere Zukunft!“ warnt vor gravierenden Konsequenzen der Covid-19-Pandemie für das kindliche Wohlbefinden. Die Pandemie verschärft bestehende Probleme und stellt auch Eltern vor große Herausforderungen, ihre Kinder bestmöglich zu unterstützen.

Den Bericht finden Sie unter <https://www.unicef.de/informieren/materialien/kinder-unsere-zukunft-bericht-2021/239414>

Impressum

Herausgeber: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern)
 1. Vorsitzende: Sandra Schuhmann, 2. Vorsitzender: Sebastian Öhme, 3. Vorsitzende: Elke Hüttenrauch
Geschäftsführerin und Redaktion: Renate Zeilinger
 Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299
Internet: www.eaf-bayern.de, info@eaf-bayern.de
 Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.
Bildnachweis: Bildnachweis: S. 1 und 2, Diakonie Bayern
Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg
 FPI 2 April/Mai/Juni 2021, 32. Jahrgang

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Bayerisches Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gefördert.

Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales

